



### Presseschau vom 23.10.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends / nachts:

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat der UNO nicht gestattet, humanitäre Aktivitäten in der Republik durchzuführen, weil die Vertreter der Organisation für sich besondere Akkreditierungsbedingungen entgegen den festgelegten Regeln verlangt haben. Diese teilte heute der Leiter des interministeriellen Komitees zur Akkreditierung von humanitären Organisationen, der Sprecher des Parlaments Denis Puschilin mit.

„Sie haben die Dokumente nicht korrekt eingereicht und wollen für sich persönliche Bedingungen. Sie wollen, dass wir alle unsere Gesetze und Dokumentationen ändern“, sagte er. „Insbesondere wollen sie das Wort „Akkreditierung“ durch das Wort „Registrierung“ ersetzen, das heißt es muss nur für sie der Erlass des Oberhauptes abgeändert werden, die Regelungen erneut im Komitee abgestimmt werden. Warum – das ist die Frage an sie“.

Außerdem wollen nach den Worten Puschilins die Vertreter der UNO bei der Einreichung von Dokumenten nicht die offiziellen Formulare der DVR verwenden.

Der Leiter des internministeriellen Komitees erinnerte daran, dass eine andere große internationale Organisation, die die gesetzlichen Forderungen der Regierung der DVR erfüllt hat, schon aktiv ihre humanitäre Tätigkeit auf dem Territorium der Republik betreibt.

„Das Rote Kreuz hat die Dokumente richtig eingereicht und sofort die Akkreditierung erhalten“, unterstrich Puschilin.

Zuvor hatte der besondere Vertreter des OSZE-Vorsitzenden Martin Sajdik gegenüber Journalisten erklärt, dass die Regierung den UN-Vertretern nicht erlaubt, humanitäre Hilfe auf das Territorium der DVR zu bringen.

Wir erinnern daran, dass seit Juli die Tätigkeit humanitärer Missionen auf dem Territorium der DVR nur in Abstimmung mit dem entsprechenden interministeriellen Komitee zulässig ist.

Gemäß den festgelegten Regeln ist es humanitären Missionen verboten, sich mit Politik und Geschäften zu befassen, sie müssen den Behörden Zertifikate über die Qualität der gelieferten Hilfe und erschöpfende Auskünfte über ihre Arbeitspläne vorlegen.

Derzeit haben drei humanitäre Organisationen die Zulassung für die Arbeit auf dem Territorium der DVR erhalten – das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, People in Need und „Ärzte ohne Grenzen“, aber in Bezug auf letztere führen die Behörden der DVR Überprüfungen durch.

Wie Puschilin zuvor erklärte, ist die Zusammenarbeit mit den Behörden notwendig für eine effektive Nutzung des Potentials der humanitären Missionen im Interesse der Einwohner der Republik.

Dan-news.info: Alle Schlüsselbereiche der Ökonomie der DVR müssen sich unter staatlicher Kontrolle befinden, erklärte heute in einer Sendung des republikanischen Fernsehens das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Alle Schlüsselbereiche der Ökonomie, von denen der Staat abhängt, müssen sich unter fester staatlicher Kontrolle befinden. Wenn nicht völlig klar ist, ob Krieg oder Frieden ist, kann der Staat nur in dem Fall überleben, wenn es eine feste Leitung aller Bereiche gibt“, erklärte der Leiter der Republik.

Insbesondere ist die Kontrolle nach den Worten Sachartschenkos im Bereich der Energetik notwendig, wo einige von den ukrainischen Oligarchen kontrollierten Unternehmen aktiv sind. „Kurtschenkos ist einer der ersten Oligarchen, die das an sich selbst erlebt haben“, sagte Sachartschenko.

Er unterstrich, dass die persönlichen Sanktionen, die die Regierung der DVR gegen Kurtschenko und eine Reihe anderer Oligarchen, einschließlich des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko, eingeführt hat, nur Teil eines großflächigen Programms zur Unterbindung ihrer Versuche ist, das Leben in der Republik zu beeinflussen.

„Tatsächlich besteht das Programm aus einigen Etappe, Sanktionen – das ist die erste Etappe. Aber im Moment werde ich darüber nicht sprechen. In der Zukunft werden Sie alles sehen“, sagte das Oberhaupt der DVR.

## **Vormittags:**

De.sputniknews.com: Eine Regierungsdelegation unter Leitung von Premier Arseni Jazenjuk trifft am Freitag zu einem ukrainisch-deutschen Wirtschaftsforum in Berlin ein. Der Regierungschef soll unter anderem ein Abkommen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung über einen Kredit in Höhe von 300 Millionen Euro für den Ankauf von Gas unterzeichnen.

Im Rahmen des Besuchs wird Jazenjuk mit Bundeskanzlerin Angela Merkel verhandeln. Nach Angaben des ukrainischen Kabinetts soll es dabei um den gesamten Komplex der bilateralen Zusammenarbeit gehen – Regelung der Krise in der Ostukraine, Festigung des wirtschaftlichen Zusammenwirkens, Unterstützung von Wirtschaftsreformen sowie

Sicherheitsragen.

Jazenjuk und Merkel werden ein ukrainisch-deutsches Wirtschaftsforum eröffnen, bei dem mehr als 600 führende deutsche Unternehmen teilnehmen sollen. Darüber hinaus wird ein Abkommen über die Gründung einer deutsch-ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterzeichnet, mit der die Präsenz des deutschen Business in der Ukraine gefördert werden soll.

Im Rahmen des Besuchs wird ferner ein Kreditabkommen mit der EBWE über die Gewährung von 300 Millionen US-Dollar für den Ankauf von Gas an der ukrainischen Westgrenze signiert.

Der Kredit wird gegen Regierungsgarantien zur Verfügung gestellt und ist für den Erwerb von Gas auf dem europäischen Markt bestimmt.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30053/16/300531683.jpg>

Ukrinform.ua: Das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU tritt in Kraft am 1. Januar 2016 und Russland darf kein Recht haben, auf dieses bilaterale Abkommen Einfluss zu nehmen.

Das erklärte der ukrainische Premierminister Arsenij Jazenjuk gestern bei der mit dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel gemeinsamen Pressekonferenz in Kiew, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Das Freihandelsabkommen soll am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten. Das ist ein Abkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union und kein Drittland darf ein Recht haben, auf die Tatsache dieses Abkommens Einfluss zu nehmen. Ich spreche in erster Linie von der Russischen Föderation“, sagte der ukrainische Regierungschef.

Bekanntlich bestand Russland auf der Verschiebung der Implementierung des Handelsteils des Assoziationsabkommens zwischen der Ukraine und der EU.

Dan-news.info: Die Mehrheit der Strafgefangenen, die ihre Strafe in Justizvollzugsanstalten der DVR verbüßen, ist nicht an der Möglichkeit eines Wechsels in einer entsprechenden Einrichtung der Ukraine interessiert. Dies berichtet heute der Leiter der Justizvollzugsbehörde der DVR Alexej Rjasanow.

„Wir haben den Vorschlag gemacht, die Strafgefangenen dorthin zu bringen, deren Verwandte sich auf ukrainischem Territorium befinden, in erster Linie aus humanitären Gründen, damit ihre Verwandten sie besuchen können. Die ukrainische Seite denkt wieder lange darüber nach. Aber der Prozentsatz derer, die das überhaupt wollen, ist sehr klein“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

De.sputniknews.com: US-Präsident Barack Obama hat den Gesetzentwurf über den Militäretat 2016 in Höhe von 612 Mrd. Dollar abgelehnt. Laut Reuters begründete er seine Entscheidung wie folgt: Man soll einen Etat annehmen, „der sowohl unsere nationale, als auch unsere wirtschaftliche Sicherheit auf die würdige Weise unterstützen würde“. Der abgelehnte Entwurf sah unter anderem die Bereitstellung von 300 Millionen Dollar für die militärische Unterstützung der Ukraine vor. Es ging dabei um die Übergabe von „Aufklärungsdaten“ an die Ukraine sowie um die Lieferung von tödlichen Waffen wie Granatwerfer, Schusswaffen, Panzerabwehrwaffen usw. Für die militärische Unterstützung des Iraks im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ sollten 715 Millionen Dollar bereitgestellt werden. Weitere 600 Millionen waren für die Ausbildung von Kämpfern der moderaten syrischen Opposition bestimmt. Einige Abänderungsvorschläge zum Entwurf erschweren außerdem die Verlegung der letzten Gefangenen aus dem Gefängnis Guantanamo, das Obama noch während seiner 1. Wahlkampagne 2008 zu schließen versprochen hatte.

Dan-news.info: Die Behörden der frontnahen Städten und Bezirke der DVR haben eine ruhige Lage in der letzten Nacht gemeldet, Beschüsse von Seiten der ukrainischen Gruppen wurden nicht festgestellt.

„Dieses Mal war alles ruhig“, sagte der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk Iwan Prichodko. Die Leiter der Bezirke Kirowskij, Kiewskij und Petrowskij meldeten auch eine ruhige Lage.

Außerdem berichteten auch die Bezirke Nowoasowsk und Telmanowo der DVR von einer ruhigen Lage.

In den Städten Gorlowka, Dokutschajewsk, Makejewka und Jasinowataja wurde auch das „Regime der Ruhe“ eingehalten.

„Alles war ruhig, es wurde nicht geschossen“, sagte der Bürgermeister von Dokutschajewsk Alexandr Katschanow.

Ukrinform.ua: Die ATO-Kräfte haben den Abzug der Kampfpanzer in allen Richtungen beendet.

Das meldet das ATO-Pressezentrum.

„Heute (gestern) haben die ukrainischen Soldaten den Abzug der Panzer in allen Richtungen abgeschlossen. Die Kampffahrzeuge werden von der Trennlinie auf die Entfernung von 15 Kilometer abgezogen. Weiter wird die OSZE-Mission sie prüfen und in noch ein paar Tagen beginnt der Abzug der Artillerie des Kalibers bis zu 100 mm“, heißt es in der Meldung.

De.sputniknews.com: Die Türkei hat als erstes Land die von Kiew verhängte Lebensmittelblockade der Krim durchbrochen. Trotz politischer Kontroversen mit Moskau hat der Mittelmeerstaat mit direkten Lieferungen auf die Schwarzmeerhalbinsel begonnen. Die Ukraine hatte im September auf Anregung von Parlamentsabgeordneten eine Lebensmittelblockade gegen die Krim verhängt. Mit Rückhalt durch Behörden sperrte die radikale Nationalistenmiliz „Rechter Sektor“ die Straßen zur Krim ab, um keine Lkw auf die Halbinsel mehr zu lassen. Präsident Poroschenko begrüßte die Aktion.

Doch nun liefert die Türkei direkt Lebensmittel auf die Krim. Nach Angaben der russischen Online-Zeitung Vz.ru sind vom 1. bis 19. Oktober mehr als 385 Tonnen Obst und etwa 20 Tonnen Trockenobst aus der Türkei in den Häfen Sewastopol und Jewpatorja angekommen. Darüber hinaus erwägt Ankara direkten Luftverkehr nach Simferopol.

„Die Regierung in Ankara unterscheidet klar zwischen Politik und Wirtschaft“, kommentiert Vz.ru. Obwohl die russische Unterstützung für Syriens Präsidenten Baschar al-Assad bei Ankara auf Unmut stoße, würden Wirtschaftskooperationen nicht abgebaut. Die türkische

Wirtschaft hält an dem Plan fest, 500 Millionen US-Dollar auf der Krim zu investieren. Auch andere Staaten zeigen Interesse an einem Engagement auf der Krim, die nach der Wiedervereinigung mit Russland im Jahr 2014 von den USA und ihren EU-Verbündeten mit Sanktionen belegt worden ist. So lässt der chinesische Zahlungsdienstleister UnionPay auf der Halbinsel seine Karten emittieren. Eine indische Delegation will noch in diesem Jahr die Krim besuchen, um Gemeinschaftsprojekte in Maschinenbau, Pharmaindustrie, Landwirtschaft, Tourismus und IT zu besprechen. Das EU-Mitglied Griechenland hat Fähren zur Verfügung gestellt, die zwischen der Krim und dem übrigen Russland pendeln. Die Krim hat keine Landverbindung zum russischen Kernland.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30500/52/305005270.jpg>

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht über drei Stunden hinweg die nördlichen und westlichen Ränder von Donezk beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den bewaffneten Strukturen der Republik mit.

„Es wurden der Petrowskij- und der Kujbyschewskij-Bezirk der Stadt beschossen, die Ortschaft Spartak und das Gebiet des Flughafens. Das Feuer kam von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte in Peski unter Verwendung von Schusswaffen, Granatwerfern und Panzertechnik“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er widersprach auch den heutigen Erklärungen der ukrainischen Truppen, dass die Abteilungen der DVR angeblich Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet der Ortschaften Peski und Schirokino beschossen haben. Das Feuer ist nicht erwidert worden.

## Nachmittags:

Dan-news.info: Zwischen ukrainischen Truppen und Kämpfern von nationalistischen Bataillonen hat in der Nacht ein Gefecht im Gebiet von Schirokino stattgefunden. Dies teilte heute eine Quelle aus der Nähe der Situation mit.

„Bei Schirokino hat heute Nacht ein Kampf zwischen ukrainischen Soldaten stattgefunden. Das Gefecht dauerte einige Stunden. Über die Zahl der Verletzten etwas zu sagen ist schwer“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.



Er fügte hinzu, dass Ursache dafür ein Wortgefecht der Kommandeure über Funk sowie Trunkenheit eines der Soldaten war.

De.sputniknews.com: Die Ukraine hat im Rahmen der deutsch-ukrainischen Konferenz "Wirtschaftspartner Ukraine. Potenziale - Reformen - Zusammenarbeit", die am Freitag in Berlin eröffnet worden war, ein Abkommen mit Deutschland über die Bildung einer gemeinsamen Industrie- und Außenhandelskammer unterzeichnet.

Der ukrainische Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel, Aivaras Abramavicius, setzte seine Unterschrift unter das Dokument, wie aus dem ukrainischen Ministerkabinett verlautete.

Abramavicius zufolge ist das deutsche Unternehmertum an der Ukraine interessiert. Die Einrichtung der gemeinsamen Industrie- und Handelskammer solle die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern positiv beeinflussen, so der Minister.

Der ukrainische Premier Arseni Jazenjuk und ein Vertreter der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) haben ferner ein Garantieabkommen unterzeichnet. Anschließend wurde ein Kreditabkommen in Höhe von 300 Millionen US-Dollar zwischen dem ukrainischen Unternehmen Naftogaz Ukrainy und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterzeichnet.

Wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zuvor geäußert hatte, ist das geplante Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit der Ukraine nicht gegen Russland gerichtet.

Dnr-online.ru: In den letzten anderthalb Jahren ist der Donbass ein Vorposten und eine Verteidigungslinie der Russischen Welt. Darüber sprach das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko auf der letzten Pressekonferenz.

„Die politische Elite und die Führung der Ukraine leben in einer sogenannten virtuellen Realität. Sie machen den Eindruck von Menschen, die von der Realität abgeschnitten sind. Poroschenko ist keine Ausnahme, er erkennt weder den „Debalzewo-Kessel“ noch die politische Niederlage in den Minsker Vereinbarungen und in vielen anderen Momenten, die noch kommen werden, an. Von der Realität abgeschnitten zu leben erlaubt es einem Menschen nur, dass er fest an seine eigene Unfehlbarkeit und Richtigkeit glaubt. Aber das ist nicht die Wahrheit“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Auf die Frage eines Journalisten sagte er: „Wenn man es im globalen Sinn betrachtet, dann befinden wir uns jetzt an der vordersten Verteidigungslinie all dessen, was wir die Russische Welt nennen. Dies ist eher ein Komplex von Begriffen. Die russische Welt – das ist eine vielfarbige, lebendige, echte Quelle, die nicht nur den Begriff der Nationalität, sondern auch die allumfassende Gemeinschaft der Nationen enthält.“

Im Verlauf der Pressekonferenz äußerte das Republikoberhaupt seine Meinung über die Werte der westlichen Zivilisation.

„Was ist Europa und die westliche Zivilisation als solche in meinem Verständnis. Dies ist Globalisierung, die Angleichung von Menschen an gesichtslose Wesen, die weder Art noch Herkunft kennen, eine graue Masse von Verbrauchern. Und es ist sehr wichtig zu verstehen, dass der Krieg nicht die Führung von Kämpfen auf dem Territorium unserer Republik ist, dieser Krieg beinhaltet auch eine Wahl in sich. Entweder willst Du als graue Masse leben, oder als echter, würdiger Mensch, so wie es Dir Deine Vorfahren gezeigt haben. Dieses Erbe muss erhalten werden. Deshalb befinden wir uns an der Verteidigungslinie der Russischen Welt“, unterstrich Alexandr Sachartschenko.

Dnr-news.com: Der erste Stellvertreter des Vorsitzenden der Werchowna Rada der Ukraine

Andriy Paruby bestreitet, dass Söldnertruppen für die Ukraine kämpfen.

"In der Ukraine gab und gibt es keine Privatarmeen. Es ist Teil der russischen Propaganda", sagte er auf einer Konferenz in London.

"Die Jungs, die auf dem Maidan waren, gingen an die Front, als Freiwillige", ergänzte Paruby.

"Wie auch auf dem Maidan, so starben sie an der Front mit der EU-Flagge in den Händen, denn wir wissen, dass wir nicht nur die Ukraine schützen, wir verteidigen die gesamte zivilisierte Welt"; agte der erste stellvertretende Vorsitzende des Parlaments und beschuldigte die russische Regierung, dass sie " das ganze System der Sicherheit in Frage gestellt hat."

"Wir betrachten die Front nicht nur als ukrainisch, sondern auch als europäisch", fügte er hinzu.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-10/1445604728\\_21170.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-10/1445604728_21170.jpg)

Dan-news.info: Der Volkssowjet der DVR hat heute in zwei Lesungen den Gesetzesentwurf „Über die Anwendung von speziellen ökonomischen und anderen Sanktionen zur Verteidigung der Interessen der DVR“ angenommen. Bei der Abstimmung unterstützten 87 von 89 Abgeordneten das Dokument, zwei Enthielten sich.

„Bei uns im Volkssowjet arbeitet eine Kommission, die die Vergehen von Oligarchen untersucht, insbesondere die von Kurtschenko und mit ihm verbundenen Personen, wir haben den Erlass des Republikoberhaupt, der die Tätigkeit der Firmen einer Reihe von Oligarchen in der DVR verboten hat. Für uns ist es wichtig, diese Regelung auf gesetzgeberischer Ebene zu bestätigen“, sagte der Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin gegenüber Journalisten.

„Wenn wir jetzt nicht ernsthaft daran gehen, werden wir in der Zukunft viele Bedrohungen haben, dass Oligarchen zurückkehren und das fortsetzen, was zum Zerfall der Ukraine geführt hat, zu dem niedrigen Lebensniveau der Bevölkerung dort. Was wir nicht zulassen dürfen, ist eine Verflechtung eines Oligarchats mit der Staatsmacht. In dem genannten Gesetz bemühen wir uns, dies zu berücksichtigen“, fügte er hinzu.

Zuvor hat die Leiterin der Parlamentskommission zur Untersuchung der Aktivitäten Kurtschenkos Marina Shejnowa mitgeteilt, dass die Annahme des Gesetzes die Schaffung eines Mechanismus zum unverzüglichem und effektivem Reagieren auf potentielle Bedrohungen der Interessen des Staates und seiner Bürger sichert, darunter auch vor den Aktivitäten eines Oligarchats. „Der Gesetzesentwurf bestimmt die grundlegenden Prinzipien und die Ordnung der Anwendung spezieller ökonomischer Maßnahmen und anderer Sanktionen mit dem Ziel der Sicherung der Interessen und der Sicherheit der DVR“, sagte Shejnowa.

Nach ihren Worten trifft die Entscheidung über die Anwendung von Sanktionen gegenüber konkreten Personen das Oberhaupt der DVR und der Gesetzesentwurf sieht einen Kreis von Menschen vor, gegen den solche Sanktionen ausgesprochen werden können. „Dies sind sowohl ausländische juristische Personen als auch ausländische natürliche Personen sowie

andere“, sagte sie. Die Parlamentarierin fügte hinzu, dass die Liste der Sanktionen die Blockade von Konten, das Verbot ökonomische Aktivitäten auf dem Territorium der DVR, die Beschränkung des Im- und Exports von Waren in die Republik beinhaltet.

De.sputniknews.com: Die OSZE-Beobachter in der Ukraine registrieren weitere Verstöße gegen die Minsker Abkommen in der Ukraine. Nach Angaben der Mission haben weder die Regierungstruppen noch die Milizen - entgegen den Vereinbarungen - ihre schweren Waffen aus dem Frontgebiet abgezogen.

Die Mission registrierte noch immer Bewegungen von schweren Waffen und Militärpersonal im Osten der Ukraine, teilte der Vizechef der OSZE-Beobachter, Alexander Hug, am Freitag mit. So habe eine Drohne der Mission im Raum Solnzewo, das unter Kontrolle der Donezker Volksrepublik stehe, acht Panzer gefilmt. Nahe der Ortschaft Perwomajskoje, die von der ukrainischen Armee kontrolliert werde, seien Panzer gesichtet worden.

Die ukrainische Regierung und die Führungen der von Kiew abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatten im Februar in der weißrussischen Hauptstadt Minsk einen Friedensplan ausgehandelt, der unter anderem eine Waffenruhe und den gegenseitigen Waffenabzug vorsieht. Das war bereits der zweite Versuch, den seit April 2014 andauernden Krieg zu beenden.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30509/83/305098342.jpg>

Dnr-online.ru/Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR ist in den letzten 24 Stunden weiter angespannt geblieben.

„Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte haben dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt. Aus Richtung Peski und Awdejewka wurden von den Positionen der 93. einzelnen mechanisierten Brigade der Donezker Flughaven und der Bereich des „Volvo-Zentrums“ mit Granatwerfern beschossen. Der Beschuss erfolgte mit 82mm-Granatwerfern“, sagte Basurin. Nach seinen Worten stellt die Aufklärung der DVR weiterhin eine Konzentration von schweren Waffen und Technik an der Kontaktlinie fest, trotz des begonnen Abzugs von Waffen eines Kalibers unter 100mm:

„So wurden in Kalinowo, 18km von der Kontaktlinie die Ankunft von 5 Panzern festgestellt. In Werchnetorezkoje, 4 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von 5 Panzern festgestellt. In Krasnogorowka, das 4 km von der Kontaktlinie gelegen ist, wurden die Stationierung eines 2A36 „Giazint-B“-Systems festgestellt“, erklärte Eduard Basurin. „Wir haben mehrfach eine Verminderung des von ihnen kontrollierten Territoriums entlang der



Kontaktlinie durch die ukrainischen Truppen festgestellt. Eine Bestätigung dessen ist die Tatsache, dass am 22. Oktober ein friedlicher Einwohner im Bereich des Kontroll- und Passierpunkts Majorsk auf eine Mine geraten ist. In genau diesem Bereich wurde von unseren Technikern ein explosives Objekt entdeckt, das zwei Antipanzer- und Antipersonenminen enthielt“, sagte der Vertreter des Verteidigungsministeriums.

Eduard Basurin bemerkte, dass diese Fakten ein weiteres Mal davon zeugen, dass die nationalistischen Bataillone und die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte während der Kämpfe viele Stellen um ihre Positionen verminten. Dies wurde weder auf Formularen noch auf Karten von Minenfeldern dokumentiert, was eine grobe Verletzung der Genfer Konvention von 1980 über die Beschränkung des Gebrauchs von Antipersonenminen darstellt.

Die Effektivität des Abzugs der Technik und Waffen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte hängt von den Handlungen der Beobachtermission der OSZE ab.

„Auf die ukrainische Seite muss Druck durch die OSZE-Mission ausgeübt werden, die Fakten der Nichteinhaltung in ihren Berichten angeben müssen. Und die Staatsoberhäupter, die die Verpflichtungen auf sich genommen haben (Frankreich, BRD, RF) müssen den Prozess beobachten“, sagte Basurin.

Er äußerte die Hoffnung, dass die Konzentration von Waffen der ukrainischen Streitkräfte an der Frontlinie nicht zu einer neuen Welle des Konflikts anwächst.

De.sputniknews.com: Als Erfindung hat der russische Außenminister Sergej Lawrow die Behauptung bezeichnet, dass bei dem heutigen Treffen der Außenamtschefs Russlands, Saudi-Arabiens, der USA und der Türkei in Wien gewisse Vereinbarungen über einen Rücktritt des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad erzielt worden seien.

„Die Spekulationen waren schon aufgetaucht, noch bevor dieses Treffen stattfand“, so Lawrow. „Ich habe gehört, dass vermehrt Gerüchte aufkommen, laut denen man hier vereinbart bzw. vereinbaren wird, dass Präsident Assad nach einer bestimmten Zeitperiode abtritt. Das stimmt aber nicht“, sagte Lawrow.

„Wir haben unsere Haltung bekräftigt“, sagte er weiter. „Russlands Präsident hat diese in seinen jüngsten Reden ganz klar dargelegt: Wenn man auf eine Ablösung des Regimes setzt und sich insbesondere auf die Person des Staatschefs fixiert, so haben wir so etwas im Irak und in Libyen bereits erlebt und wir wissen, womit das endete.“ Diese Länder stecken weiterhin in einer tiefen Krise. „Deshalb besteht unsere Position in einer sehr einfachen Formel: Über das Schicksal Syriens, des syrischen Präsidenten und anderer Persönlichkeiten muss das syrische Volk selber entscheiden.“

Lug-info.com: Die Volksmiliz der LVR haben in den letzten drei Tagen keine Provokationen und Beschüsse der LVR vom von den Kiewer Truppen kontrollierten Territorium aus festgestellt, teilte heute der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko mit.

Lug-info.com: Kiew schüchtert die Einwohner der frontnahen Territorien der LVR ein, indem es ihnen SMS-Mitteilungen mit Drohungen mit Repressalien schickt, teilte der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko mit.

„In der letzten Zeit nahmen Fälle von Einschüchterung der Bevölkerung mit SMS-Mitteilungen zu, die entlang der Kontaktlinie auf unserer Seite lebt“, sagte er.

„In diesen Mitteilungen nennen die ukrainischen Truppen die friedlichen Menschen Terroristen und drohen mit Repressionen, wenn sie nicht diese oder jene kriminellen Handlungen gegenüber unseren Soldaten begehen“, sagte Jaschtschenko.

„Gegenüber den friedlichen Einwohnern auf der anderen Seite der Abgrenzungslinie verhalten sich die Kiewer Behörden auch bei weitem nicht in einer guten Weise“, fügte er

hinzu.

Auf diese Weise führt Kiew nach Auffassung Jaschtschenkos eine „provokative Politik des Informationskriegs“ fort.

Dan-news.info: „Der Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte hat in der Zeit vom 16. bis 23. Oktober 2015 sechs Fälle von verschollenen und zwei Fälle von ungesetzlich festgenommenen Menschen registriert, darunter zwei Zivilisten und sechs Soldaten der DVR“, wurde beim Apparat der Bevollmächtigten mitgeteilt.

Der Pressedienst fügte hinzu, dass die Gesamtzahl der Verschollenen in der DVR 394 beträgt.

Insgesamt werden nach Angaben der Beauftragten für Menschenrecht von der ukrainischen Seite 1275 Menschen festgehalten. Darunter sind 470 Soldaten, 576 politische Gefangene und 229 Bürger, die keinerlei Beziehung zu dem Konflikt haben.

Ukrinform.ua: Der ukrainische Energiesektor ist befreit vom Einfluss der Oligarchen, äußerte der Premierminister Arsenij Jazenjuk seine Überzeugung auf dem ukrainisch-deutschen Wirtschaftsforum in Berlin, berichtet der Ukrinform-Korrespondent.

„Die ukrainische Energiewirtschaft ließ in der Vergangenheit die ukrainischen Gas-Oligarchen erscheinen. Unsere ersten Schritte waren, den Einfluss des Großkapitals und der Oligarchie auf den ukrainischen Energiesektor loszuwerden. Ende, jetzt gibt es in der Ukraine keine untransparenten Verträge, keine Firmen mit untransparentem Eigentum, die mit dem Gas für Millionen von Dollar gehandelt hatten. Jetzt gibt es in der Ukraine keine Gas-Oligarchen, sondern direkte Verträge zwischen der Ukraine und den EU-Staaten. Die Ukraine hat einen direkten Vertrag mit Russland und ein Winterpaket (für das Gas – Red.)“, sagte er.

Auch ist nun ihm zufolge die Kontrolle über der größten ukrainischen Ölgesellschaft „Ukrnafta“ wiederhergestellt.

Außerdem, betonte Jazenjuk weiter, wurde im Land während der Arbeit der jetzigen Regierung keine Schattenprivatisierung gemacht.

Lug-info.com: Es sterben weiterhin friedliche Einwohner auf Minen im Bereich von Staniza Luganskaja, weil die Kiewer Truppen die Verbindung über die Brücke über den Sewerskij Donez blockieren, die die von der LVR kontrollierten Territorien und die Ukraine verbinden. Dies erklärte heute der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko.

„Buchstäblich vor kurzem wurden wir ein weiteres Mal Zeuge des Tods eines friedlichen Einwohners, der versuchte den Checkpoint zu umgehen und zur Brücke im Bereich von Staniza Luganskaja zu gelangen“, erinnerte er.

Er sagte, dass die ukrainische Seite in diesem Bereich „die Einwohner nicht zur Bücke lässt“, die die Republik mit dem von Kiew kontrollierten Territorium verbinden.

„Ich will sagen, dass es von unserer Seite keinerlei Hindernisse für den Übergang über die Bücke gibt. Alles hängt in dieser Situation von den Handlungen der ukrainischen Seite ab“, erklärte Jaschtschenko.

Wir erinnern daran, dass am 15. Oktober in Staniza Luganskaja in der Folge einer Explosion eines nicht identifizierten explosiven Objektes zwei Frauen starben.

In der Volksmiliz der LVR wurde unterstrichen, dass die Todesfälle unter der friedlichen Bevölkerung auf dem von der Ukraine okkupierten Territorium der LVR keine Einzelfälle sind. So geriet im August ein Schäfer auf eine Mine und im September ein alter Mann.

Lug-info.com: Die Abgeordneten des Volkssowjets der LVR haben heute in erster und

zweiter Lesung das Gesetz „Über spezielle ökonomische und andere Sanktionen“ behandelt und beschlossen.

Das Gesetz legt die Grundlagen und die Regeln der Anwendung spezieller ökonomischer und anderer Sanktionen mit dem Ziel der Sicherung der Interessen und der Sicherheit der LVR fest, die Vermeidung und Minimierung von Gefahren für die Rechte ihrer Einwohner.

Im Dokument ist festgelegt, dass spezielle ökonomische und andere Sanktionen von Seiten der LVR in Bezug auf ausländische Staaten angewandt werden können; juristische Personen, natürliche Personen, Subjekte, die terroristische und andere extremistische Aktivitäten betreiben; juristische und natürliche Personen, die direkt oder vermittelt die genannten Subjekte kontrollieren oder in ihrem Interesse handeln.....

Gemäß dem Dokument sind die grundlegenden Prinzipien der Verhängung von Sanktionen: Gesetzlichkeit, Transparenz, Begründung, Objektivität und Effektivität....

Im dem Dokument sind auch die grundlegenden Arten ökonomischer und anderer Sanktionen festgelegt. Darunter sind: Einstellung von Programmen im Bereich ökonomischer und technischer Unterstützung, militärisch-technischer Zusammenarbeit; Blockierung von Konten; zeitweilige Beschränkung des Rechts auf Nutzung und Verkauf von Eigentum; Verbot von Finanz- und Handelsoperationen oder Beschränkung dieser; Beendigung oder Unterbrechung der Gültigkeit internationaler Handelsverträge; Einschränkung oder Stopp von Transitrechten über das Territorium der LVR; Verbot von Kapitalexpert aus der LVR....

Im Gesetz ist auch festgelegt, dass „die Realisierung von Sanktionen verpflichtend für die Staatsorgane, die Organe der örtlichen Selbstverwaltung und für die sich unter der Jurisdiktion der LVR befindenden Organisationen und natürlich Personen ist“.

Die Entscheidung über die Verhängung der Sanktionen wird vom Oberhaupt der LVR getroffen.

## **Abends:**

De.sputniknews.com: Die Staatsduma (Parlamentsunterhaus in Moskau) hat ein Gesetz verabschiedet, das Gegenmaßnahmen für den Fall einer rechtswidrigen Beschlagnahme von russischem Vermögen im Ausland vorsieht.

Das neue Gesetz erlaubt, die „Jurisdiktionsimmunität“ eines fremden Staates in Russland auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu beschränken. Mit anderen Worten berechtigt die neue Gesetzlage dazu, Vermögen fremder Staaten auf russischem Territorium einschließlich des Festlandsockels zu beschlagnahmen.

Die Vorlage war im August von der Regierung eingebracht worden. Zwei Monate davor hatten die Behörden von Frankreich und Belgien auf Klage ehemaliger Aktienbesitzer des 2006 bankrottgegangenen Ölkonzerns Yukos russisches Staatsvermögen mit Arrest belegt. Damit folgten sie einem Urteil des Schiedsgerichts in Den Haag. Dieses hatte am 18. Juli vergangenen Jahres der Klage der ehemaligen Yukos-Aktienbesitzer stattgegeben und den russischen Staat verpflichtet, den Firmen Hulley Enterprises, Yukos Universal Limited (Zypern) und Veteran Petroleum Entschädigungen in Höhe von insgesamt 50 Milliarden US-Dollar zu zahlen.

Im September dieses Jahres berichtete „Der Spiegel“, dass ehemalige Yukos-Aktionäre beim Berliner Kammergericht die Beschlagnahme von russischem Staatsvermögen in Deutschland in Höhe von 42 Milliarden Dollar beantragt hätten.

Für die Pfändung kämen etwa Immobilien infrage, die der russische Staat in Deutschland besitzt, aber auch Einnahmen staatlicher Energieunternehmen wie Gazprom. Wegen ähnlicher Verfahren in den USA hatte das russische Außenministerium mit

Vergeltungsmaßnahmen gedroht. Auch deutsche Unternehmen, die in Russland Geschäfte machen, fürchten sich laut „Spiegel“ vor Konfiszierungen.

Dan-news.info: Die Landwirte der DVR haben einen Vorrat an Lebensmittelgetreide gebildet, der bis zur nächsten Ernte reichen sollte, teilte heute auf einer Pressekonferenz der Landwirtschaftsminister der DVR Maxim Sawenko mit.

„Was das Lebensmittelgetreide betrifft, so reicht es nach Ansicht von Spezialisten vollständig bis zu nächsten Ernte“, erklärte der Minister.

Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hatte zuvor erklärt, dass die Regierung das 2014 erlassene Verbote für den Export von Getreide aufgehoben hat und nur bezüglich der Ukraine in Kraft gelassen hat. Nach den Worten Sawenkos gehen Futtergetreide und Ölsamen in den Export.

„Derzeit gibt es einen Überfluss an Futterweizen und -gerste sowie an Sonnenblumen“, erklärte der Minister. „Die Weiterverarbeitung dieser Sorten ist bei uns nicht Republik nicht möglich. Den notwendigen Vorrat haben wir und derzeit werden die genannten Kulturen in die RF ohne irgendwelche Beschränkungen exportiert.“

De.sputniknews.com: Die Dauer der Russland-Sanktionen hängt laut der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zufolge unmittelbar von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ab.

„Die Sanktionen gegen Russland können nur nach Umsetzung des Minsker Friedensabkommens für die Ostukraine beendet werden. Wenn diese Umsetzung länger dauert, dann werden wir auch weiter Sanktionen in Verbindung mit dem Minsker Abkommen sehen“, sagte sie am Freitag zu Beginn der deutsch-ukrainischen Konferenz

„Wirtschaftspartner Ukraine. Potentiale-Reformen-Zusammenarbeit“ in Berlin.

Die Verschiebung der Wahlen in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk sei ein wichtiger Schritt, der ermögliche, politische Verhandlungen im Rahmen der trilateralen Kontaktgruppe durchzuführen.

„Die Wahlen in Donezk und in Lugansk müssen ausschließlich auf den Grundlagen der Standards von OSZE und ODIR erfolgen. Das bedeutet, dass ODIR und OSZE bestätigen müssen, dass die Kriterien zu transparenten und ehrlichen Wahlen in Donezk und Lugansk gewährleistet werden. Das steht auch im Minsker Abkommen“.

Die Ukraine benötige dauerhafte wirtschaftliche Beziehungen sowohl zur EU als auch zu Russland, sagte Merkel. Die Wahlen sind laut Merkel Gegenstand einer Diskussion in der trilateralen Kontaktgruppe.

Turnusmäßige Kommunalwahlen sind in der Ukraine für den 25. Oktober angesetzt. Die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die eigene örtliche Wahlen ebenfalls im Herbst, aber an einem anderen Tag durchführen wollten, verschoben sie später auf 2016.

Dnr-online.ru: Derzeit sind in der DVR noch große Ackerflächen vermint, teilte der Landwirtschaftsminister der DVR Maxim Sawenko mit.

„Das sind etwa 30.000 Hektar. Jeden Tag erfolgt eine Entminung dieser Flächen. Im Ganzen sind dies 10 bis 50 Hektar am Tag. Die Arbeit ist schwer, langwierig. Weil es viele Flächen gibt, die von Unkraut bewachsen sind. Es muss eine durchgängige Entminung erfolgen. Das Zivilschutzministerium führt auf Anforderung unseres Ministeriums oder auf Anforderung der örtlichen Verwaltungen diese Arbeit durch“, sagte er.

Nach den Worten Maxim Sawenkos sind die verminten Felder nicht nur die, die mit einer Tafel „Minen!“ versehen sind, sondern auch die Felder, wo sich nicht explodierte Geschosse befinden oder Ackerland in der sogenannten „grauen Zone“, d h. an der Frontlinie.